Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

[illegible] – Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.
Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

[illegible] Postscheckkonto: Amt Leipzig Nr. [illegible]

Nr. 165 | Freitag, den 6. Juli 1923 | 18. Jahrgang

Hochspannung.

Der stille aber zähe Kampf zwischen London und Paris um eine Grundlage für eine gemeinsame Antwort an Deutschland hat nunmehr wohl seinen Gipfelpunkt erreicht. England hat nahezu alle Trümpfe ausgespielt, die es als Verbündeter Frankreichs auf den Tisch legen konnte, ohne die Entente zu zertrümmern. Der Trumpf, der noch im Spiel bleibt, ist die Reparationskonferenz ohne Frankreich und die direkten Verhandlungen mit Deutschland. Es wäre naiv, anzunehmen, daß dieser Schritt bereits vor der Tür stünde. Dazu ist England in seinen ganzen Weltinteressen, aber auch in der Nutznießerschaft aus dem Friedensvertrage zu stark auf Frankreich angewiesen. Dann aber weiß man in England auch, daß Frankreich der militärisch stärkere Teil ist, und wenn auch die Franzosen fortgesetzt beteuern, daß sie ihre Riesenluftflotte und ihre Unterseeboote nur gegen Deutschland, das über beide Waffen garnicht verfügt, vermehren, so ist doch der Engländer ein zu großer Realpolitiker, als daß er nicht wüßte, daß eine vorhandene Waffe schließlich gegen jedes Land gebraucht werden kann, und daß ein Wettrüsten gegen das entwaffnete Deutschland in diesen Spezialwaffen ein besonderer Nonsens wäre. Englische Klugheit war es daher immer, die friedliche Verständigung der bewaffneten Auseinandersetzung vorzuziehen. Aber hierbei handelt es sich um einen längeren Entwicklungsprozeß, und es ist leicht möglich, daß die Entente nur allmählich abstirbt nicht aber plötzlich dahinscheidet. Trotzdem werden geschichtlich geschärfte Augen den psychologischen Punkt zu erkennen vermögen, an welchem die Entente unrettbar verloren ist. Es kann sein, daß dieser Zeitpunkt in diesen Tagen der Hochspannung eintritt. Das offiziöse englische Reuterbüro hat noch niemals einen so pessimistischen Bericht ausgegeben, wie über den Ministerrat, in welchem Lord Curzon über seine Unterredungen mit dem französischen Botschafter Comte St. Aulaire und dem belgischen Gesandten Moncheur Bericht erstattete. Es war von einer überaus ernsten Situation die Rede, und jede Zeile ließ die Verstimmung erkennen, daß sich Frankreich und sein Vasall zu keinerlei konkreten Erklärungen bereit finden ließen. Das offiziöse Büro proklamierte dann strengstes Stillschweigen, ließ aber zum Schluß noch einmal einen vielsagenden Blick in die pessimistische Grundstimmung der leitenden Kreise Englands tun. Fest steht jedenfalls, daß England die verlangten schriftlichen Antworten auf seinen Fragebogen nicht nur nicht erhalten hat sondern daß auch die mündlichen Aufschlüsse der beiden diplomatischen Vertreter unendlich dürftig gewesen sind.

In England nützt man die Pause, die Poincare so zynisch ins Ungemessene verlängert, wenigstens diplomatisch etwas aus. Die Arbeit in Brüssel ist durch die Erregung der Belgier über die Duisburger Explosion augenblicklich überaus erschwert, darum versucht Lord Curzon zunächst, Italien etwas stärker an seine Seite zu ziehen. Der italienische Botschafter in London war gleich nach dem Franzosen und dem Belgier zu Lord Curzon gebeten worden, und die Presse betont die vollkommene Harmonie, in der die britische und die italienische Regierung die Reparationsfrage prüfen. Gleichzeitig wird betont, daß England die Angelegenheiten des Kontinents nicht links liegen lassen kann, da es in seiner Wirtschaft und Politik viel zu stark mit ihnen verknüpft sei. Mehr für die englische innere Politik ist wohl die Veröffentlichung eines neuen britischen Reparationsplanes bestimmt. Die Regierung Baldwin hat naturgemäß bei dem ungewöhnlichen Affront, der ihr durch Poincare widerfährt, auch innenpolitisch einen schwierigen Stand. Zum mindesten muß sie eine Art Aktivität vortäuschen. Dahin gehört wahrscheinlich der neueste Reparationsplan, der aber ein rein akademisches Interesse hat, da man ja zunächst erst einmal zusammenkommen muß. Für diese Zusammenkunft der Alliierten aber ist es notwendig, daß Poincare von seiner idiotischen Forderung Abstand nimmt, daß Deutschland erst völlig kapitulieren müsse und daß Frankreich nur im Falle einer völligen Bezahlung seiner unbezahlbaren Schulden den letzten Mann aus dem Ruhrrevier nehmen will.

Eigentlich ist man in den letzten Wochen seit dem deutschen Memorandum nicht einen Schritt vorwärts gekommen. England erscheint je länger je mehr als der von Frankreich an der Nase herumgeführte Narr, der nicht weiß was er beginnen soll, um den wilden Knaben Poincare zu zügeln. Das ist für die Regierung eines Weltreiches keine angenehme Lage. Schließlich kann sie ihre Opposition im eigenen Lande durch eine gewisse Scheinaktivität beschwichtigen, sie findet vielleicht auch in Europa Verständnis für ihre überaus großen Schwierigkeiten. Aber in ihren Dominien und Kolonien gibt es allerlei Kräfte, die mit dem geschärften Auge des politischen Gegners klar die Schwäche erkennen, die unbestreitbar vorhanden ist. Eine solche Situation kann nicht ewig währen, und wenn nicht alles täuscht, muß die Hochspannung sich in den nächsten Tagen nach einer bestimmten Richtung hin, wenn auch nicht gerade gewaltsam entladen.

Englische Mißstimmung.

Times über Besprechung des italienischen Botschafters mit Curzon.

Die „Times" schreibt: „Es bestehe Grund zur Annahme, daß die britische und italienische Regierung die Reparationsfrage in vollkommener Harmonie prüfen. England könne sich nicht auf eine Politik der Vereinsamung beschränken; denn es sei viel zu sehr mit den Angelegenheiten des Kontinents verknüpft. Das Blatt schließt mit einem Aufruf an Frankreich, an das Schicksal Europas zu denken, für welches Frankreich und England zu sehr verantwortlich seien, als daß die Probleme des Augenblicks, wie ernst sie auch seien, die Zukunft Europas beeinträchtigen könnten.

Daily News gegen Frankreichs Hartnäckigkeit.

„Daily News" sagt in einem Leitartikel, wenn Poincare nicht in der Lage sei, seine Auffassung zu ändern, dann sei es besser, die britische Regierung gehe ihren Weg allein und verhandele mit Deutschland direkt. Wir wissen allerdings nicht, sagt das Blatt, ob die Lage dadurch sofort gebessert wird, aber wir würden aus einer Lage befreit werden, die nicht nur demütigend, sondern auch einfach sinnlos ist. Ferner meldet das Blatt, die Mitteilung Lord Curzons in der Kabinettssitzung habe in der Hauptsache dahin gelautet, daß die Haltung der französischen Regierung so gut wie unverändert bleibe und daß Poincare seine Forderung, daß die Alliierten das letzte deutsche Angebot erst nach der Aufgabe des passiven Widerstandes durch die Deutschen in gemeinsamer Konferenz prüfen, nicht aufgebe.

Pessimismus in amtlichen Kreisen.

Trotz strengsten Stillschweigens amtlicher Kreise ist es ein offenes Geheimnis, daß die Regierung die Situation sehr schwarz sieht und kaum noch hofft, die verlangte bestimmte und klare Antwort auf den Fragebogen zu erhalten. Ein leitender Politiker sagte mit Bezug auf Deutschland, wenn es ein Trost ist, kann ich sagen, daß die Situation für England kaum weniger desperat als für Deutschland ist. Die Regierung wird aber den Versuch, Poincare zur Vernunft zu bringen trotz allem fortsetzen.

Anklagen im englischen Unterhaus.

Bei der Beratung der Finanzvorlage im Unterhaus sagte das Parlamentsmitglied Percy Harris in einer Rede, während Frankreich in der Lage sei große Summen für Rüstungen auszugeben, wolle es nicht entsprechende Steuern erheben oder einen ernsten Versuch machen, das Budget ins Gleichgewicht zu bringen oder seine Schulden zu bezahlen. Durch seine unüberlegte Politik verursache Frankreich Verwirrung im Handel, Arbeitslosigkeit, Unruhen und wirtschaftliche Depression in ganz Europa. Es sei zu hoffen, daß der Premierminister bei seinen Verhandlungen eine energische Stellung einnehmen werde; wenn er dies tue, so habe er die gesamte Nation hinter sich.

Pariser Kammerdebatte über die deutschen Zahlungen.

Die Kammer setzt die Beratung über die von Deutschland zu ersetzenden Ausgaben für den Wiederaufbau fort. Abg. Louis Dubois, der ehemalige Vorsitzende der Reparationskommission wandte sich in der Diskussion gegen die vom Statistischen Amt herausgegebene Broschüre, von der er behauptete, daß sie mit falschen Ziffern operiere und phantastische Zahlen wiedergebe. Die Reparationskommission habe die Leistungen Deutschlands bis 1. Mai 1923 an Sachlieferungen auf 5637 Millionen geschätzt, von denen man 8 Milliarden für die Ausführung abziehen müsse, sodaß man zu der Zahl von 2027 Millionen Goldmark gelange. Minister Reibel erklärte, es liege in der Absicht der französischen Regierung, die richtigen Zahlen der gesamten Welt zu unterbreiten. Weiter erklärte Dubois, wenn alle Alliierten einig gewesen wären, hätte man Deutschland zum Zahlen bewegen können. Es sei unbestreitbar, daß die einflußreichste alliierte Regierung nicht mit Frankreich einig gewesen sei, um Deutschland zur Zahlung zu zwingen. Die englische Regierung werde begreifen, daß England an der Seite Frankreichs und nicht an der Seite Deutschlands stehen müsse. Abg. Desjardin bedauerte, daß die Restitution namentlich von Kunstgegenständen nicht eifriger betrieben werde. Im weiteren Verlauf der Debatte verlangte Herriot eine Politik der Reparationen in natura und besprach das Wiesbadener Abkommen, das er in stärkerem Maße herangezogen wissen will. Abg. Ury (Soz.) erklärte, Deutschland habe den Alliierten ungefähr 20 Milliarden Papierfranken bezahlt und der größte Teil dieser Summe habe dazu gedient, die Besatzungskosten zu decken. Auch er tadelte, daß die französische Regierung keine Sachlieferungspolitik getrieben habe. Das Abkommen von Wiesbaden sei nicht in Erscheinung getreten, weil die französischen Handelskammern und Industriellen einen Kampf gegen die Sachlieferungen geführt hätten. Der Abgeordnete verlangte Auskunft über das Stinnes-Lubersac-Abkommen. Die weitere Verhandlung wurde vertagt.

Poincares Optimismus.

Im auswärtigen Ausschuß des Senats berichtete der Vorsitzende de Selves über eine Unterredung, die er mit Poincare hatte und in der dieser die Lage im Ruhrgebiet in optimistischem Sinne als unverändert bezeichnete. Die von der englischen Presse über die Londoner Verhandlungen ausgegebenen Informationen entsprächen nicht den Tatsachen. Die englische Regierung denke durchaus anders darüber, und die Verhandlungen werden freundschaftlich fortgeführt. In der Saarfrage hoffe man auf eine befriedigende Lösung, ebenfalls böten auch die Besprechungen in London über die Tangerfrage günstige Aussichten. (Dabei ist die Tangerkonferenz eben aufgelöst worden!) Senator Meiller berichtete über seine Reise nach London, wo er eine längere Besprechung mit Industriellen und Finanzleuten hatte sowie auch mit dem Kandidaten des Schatzamtes Mc. Kenna. Senator de Jouvenel legte einen Plan zur Ausdehnung der französischen Propaganda im Ausland vor.

Englands Absichten im französischen Spiegel.

Der offiziöse „Petit Parisien" schreibt: Die französisch-englischen Besprechungen in London hätten Meinungsverschiedenheiten aufgedeckt, die bis zum Augenblick ungeklärt geblieben seien. So bestehe die englische Regierung auf der Ansicht, daß die Besetzung des Ruhrgebietes die Zahlungsfähigkeit Deutschlands vermindere. Dies scheint Lord Curzon am verflossenen Dienstag den Botschaftern gesagt zu haben. Der Wunsch Englands ist ferner, Frankreichs Zustimmung dazu zu erhalten, daß das Datum der Räumung früher angesetzt werde. In diesem Punkte könnten Frankreich und Belgien keinesfalls nachgeben. Weder die Besetzung der Ruhr noch die Besetzung der Rheinlande vermindere die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Lediglich der Widerstand sei daran schuld. An dem Tage, an dem der Widerstand durch eine loyale Mitarbeit ersetzt sein würde, würde die Ruhrbesetzung Deutschland nicht mehr lähmen, sondern im Gegenteil seine Zahlungsfähigkeit verstärken. Diese Gesichtspunkte würden Frankreich und Belgien auch weiterhin in London vertreten.

(Das sieht wirklich gerade aus, als kann Deutschland erst dann wirtschaftlich gesunden, wenn es ganz von Frankreich besetzt ist!)

England und Amerika hoffen auf den Papst.

Die „Morningpost" schreibt: Im Kabinett wird nach einer vermittelnden Lösung gesucht, denn Verhandlungen müßten kommen. Was Deutschland dem englischen Vertreter aus innerpolitischen Gründen nicht zugestehen konnte, die Verurteilung und Einstellung der Sabotage, das könne es dem Papst bewilligen und damit den Weg zu neuen Anfragen Englands an die Alliierten freimachen.

Die „Times" melden aus Washington: Präsident Harding hat am Dienstag in einem Handschreiben an den Papst sein lebhaftes Interesse für die Absichten des Vatikans bekundet, den Frieden auf Verständigung und Nachsicht aufzubauen, und bittet den Papst, ihn über die weiteren Schritte, die diesem Ziele dienen, zu unterrichten.

Protest gegen die französischen Räubereien.

Die deutsche Botschaft in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung eine Note zu übergeben, in der es heißt:

„Durch gewaltsame Eingriffe waren der Reichsbank bereits Mitte Mai von französischen Beamten und Militärpersonen im altbesetzten und im Einbruchsgebiet über 80 Milliarden fortgenommen worden. Unter Nichtachtung der von deutscher Seite dagegen gerichteten Proteste ist das gewaltsame Vorgehen gegen den Reichsbankbetrieb, namentlich im Einbruchsgebiet auch seither fortgesetzt worden."

Die Note zählt dann die Raubzüge gegen die Reichsbankstellen in Essen, Dortmund und Mettmann auf und fährt fort:

„In allen diesen Fällen wurden die Schlüssel zum Tresor den beteiligten Beamten mit Gewalt entrissen. Im Dortmunder Falle wurden zwei leitende Beamte der Reichsbank tagelang der Freiheit beraubt. Die deutsche Regierung stellt unter Hinweis auf ihre früheren Darlegungen die Rechtswidrigkeit des Vorgehens gegen die Reichsbank erneut fest. Selbst im Kriege würde der Zugriff auf das Privateigentum der Reichsbank, deren Charakter als reines vom Reichsfiskus unabhängiges Privatinstitut im Jahre 1922 entsprechend den Forderungen der Reparationskommission noch verstärkt worden ist, widerrechtlich sein. Gegen die dauernde Nichtachtung